

England schließt seine Grenzen für Zuwanderer

Jasmin Fischer

London. Großbritanniens neue Tory-Regierung will die Einwanderung aus Nicht-EU-Ländern strikt begrenzen. Bereits ab 16. Juli wird das Kontingent für Arbeitsvisa auf 24 000 Stück gedeckelt. Ein Konzept zur „kontrollierten Immigration“ soll im April 2011 in Kraft treten.

„So sehr Großbritannien von der Immigration profitiert, so sehr schadet der unkontrollierte Zustrom unserem Land“, begründete Innenministerin Theresa May die vorsichtige, aber entschiedene Abkehr von britischen Einwanderungstraditionen. Mit seiner Commonwealth-Erfahrung hat sich das Ex-Empire bisher immer offener gegeben als der Kontinent: So waren polnische Arbeitskräfte gleich nach EU-Beitritt im Königreich willkommen, während Deutschland sie weiterhin vom Arbeitsmarkt ausschließt. Bürger ehemaliger Kronkolonien aus Afrika, Indien und Australien genossen großzügige Zuzugsprivilegien.

Hunderttausende auf Zehntausende limitieren

Seit dem Regierungswechsel vor sechs Wochen herrscht allerdings ein anderer Wind in Westminster. Unbegrenzte Einwanderung, so begründet Innenministerin May den zügigen Vorstoß, verursache „in-akzeptablen Druck“ auf die sozialen Sicherungssysteme. Vor allem in der Hauptstadt London, in die es die meisten Einwanderer zieht, sind Krankenhäuser und Nahverkehr nicht für das Bevölkerungszugplus ausgelegt.

590 000 ausländische Zuzüge hat es 2008 gegeben, etwas mehr als die Hälfte der Einwanderer stammt aus Nicht-EU-Ländern. Ihre Zahl soll durch Sofortmaßnahmen schon bis April 2011 um fünf Prozent sinken; in der Zwischenzeit will die Regierung in Absprache mit Universitäten und Arbeitgeberverbänden eine Neuregelung finden, um Zuzüge und Familiennachzüge von „Hunderttausenden auf Zehntausende zu limitieren“.

Die britische Mittelstandsvereinigung hat die Tory-Pläne bereits als „kontraproduktiv“ kritisiert: „Sie sind ein Rückschlag für alle kleinen Betriebe, deren Überleben von gutem Personal abhängt.“ Fast jeder zehnte Mitarbeiter in Großbritannien stammt aus dem Ausland.

1,6 Millionen für Traumaopfer in Chile und Haiti

Das katholische Hilfswerk Adveniat stellt weitere 1,6 Millionen Euro für den Wiederaufbau in den Erdbebengebieten von Haiti und Chile bereit. Mit den Geldern sollen die Traumaarbeit für Erdbebenopfer, das kirchliche Schulwesen in Haiti sowie, in Chile, der Wiederaufbau von Kirchen unterstützt werden, teilte das bischöfliche Lateinamerika-Hilfswerk mit. Das Erdbeben in Chile am 27. Februar hat über 400 Kirchen schwer beschädigt. Bereits im Januar hatte Adveniat nach eigenen Angaben für den Wiederaufbau in Haiti 1,5 Millionen Euro bereitgestellt. Die regulären Projekten im Karibikstaat laufen ebenfalls weiter. kna

Obamas schwierige Mission

Die Ölpest könnte die Energiewende in den USA beflügeln. Doch die Klimagesetze geraten in die Mühlen des Wahlkampfes

Jürgen Polzin

Essen. Wo ist das grüne Amerika? Die schlimmste Ölpest aller Zeiten, die sich vor den Küsten der USA immer weiter ausbreitet, könnte die von US-Präsident Barack Obama ausgereifte Energiewende beflügeln. Doch davon ist die Supermacht weit entfernt: Ausgerechnet das Umweltdesaster im Golf von Mexiko hat die Verabschiedung der im Senat blockierten Energie- und Klimagesetze noch unwahrscheinlicher gemacht.

Kein Land verbraucht pro Kopf so viel Energie. 250 Millionen Autos sind in den USA angemeldet. 8,5 Millionen Inlandsflüge heben pro Jahr ab. Innerhalb von 24 Stunden verfeuert das Land ein Viertel des weltweiten Tagesbedarfs an

»Die Berater sehen im Klimaschutz kein Gewinner-Thema«

Öl. „Dieses Land braucht eine Klimakultur“, sagt Arne Jungjohann, Klimaexperte der den Grünen nahe stehenden Heinrich-Böll-Stiftung in Washington. Einen Durchbruch auf nationaler Ebene sieht er nicht, aber ein wachsendes Energie-spar-Bewusstsein in den Bundesstaaten. „Sie sind das Spiel-feld der Technologien.“

Acht Wochen nach dem Untergang der Ölplattform Deepwater Horizon hatte Obama in seiner Rede an die Nation für eine „nationale Mission“ plädiert, die „amerikanische Innovationen“ entfesseln solle. „Die Tragödie vor unserer Küste ist die bislang schmerzhafteste und mächtigste Erinnerung daran, dass es jetzt an der Zeit ist, eine saubere Energie-zukunft zu schaffen“, argumentierte Obama in seiner Fernsehansprache. Doch Arne Jungjohann glaubt: „Es geht vor allem um die Inszenierung des eigenen Handelns. Die Ölpest ist in die Mühlen des Wahlkampfes geraten.“

Die amerikanische Öffentlichkeit reagiere zunehmend gereizt auf „Big Oil“, also auf die großen Öl- und Gaskonzerne wie BP, Shell, Chevron und Exxon. „Die Bürger er-



US-Präsident Obama inspiziert die Folgen der Ölpest an den Küsten. Er kämpft für eine „saubere Energiezukunft“.

Foto: imago

warten ein Abstrafen von BP. Der Druck auf die Politik wächst: Wie sehr kann der Konzern in die Knie gezwungen werden? Wie handlungsfähig sind Präsident und Regierung?“, fragt Jungjohann. Dass der Preis, den die USA für ihre Öl-Abhängigkeit zahlen der Klimadebatte im Kongress Rückenwind verschafft, glaubt er nicht: „Obamas Berater se-

hen im Klimaschutz kein Gewinner-Thema.“

Seit über einem Jahr wartet die Welt auf das erste nationale Klimagesetz in den USA. Eine politische Mehrheit ist noch immer nicht in Sicht. Für eine Verabschiedung im Senat werden 60 von 100 Stimmen gebraucht. Die Demokraten liegen unter dieser Zahl. Im November werden das Reprä-

sentantenhaus und Teile des Senats neu gewählt. Damit tickt die Uhr: Um einem Klimagesetz zuvor eine Chance zu geben, müssten es die Demokraten im Senat vor der Sommerpause auf den Weg bringen. „Doch die Republikaner blockieren jede Variante“, so Jungjohann.

Tatsächlich schwirren mehrere Vorschläge für ein Klima-

gesetz durch die Ausschüsse des Senats. „Die Demokraten sind sich uneins, wie es weitergeht“, glaubt Jungjohann. Eine Variante ist ein umfangreiches Klima- und Energiepaket, das ein nationales Klimaziel und die Einführung eines Emissionshandels vorsieht. Dies entspräche in etwa Obamas Vision einer Energiewende. Doch Republikaner sowie die einflussreichen Kritiker aus der Öl- und Gasindustrie sehen darin einen Garant für die Vernichtung von Arbeitsplätzen. Variante zwei: Ein Energiegesetz, das die erneuerbaren Energien voran bringt und die Sicherheitsstandards für Ölbohrungen verschärft. Damit, so Jungjohann, sollen vor allem die zögerlichen Abgeordneten unter den Republikanern umworben werden.

„Die letzte Chance der Demokraten ist, dass sie die Abstimmung zum Klimapakete als ein Referendum über die Ölpest inszenieren“, glaubt er. Dann nämlich müssten die Republikaner sich entscheiden, wofür sie stehen: „Für BP, Ölpest und Abhängigkeit vom Öl oder für den Schutz von Mensch und Natur, und für eine Politik weg vom Öl?“

Kampf um die Mehrheiten

Überblick: Diese Klima- und Energiegesetze werden im US-Senat diskutiert

Essen. Im US-Senat werden aktuell mehrere Entwürfe von Energie- und Klimagesetzen diskutiert. Der umfassendste ist der tausendseitige **American Power Act** der Abgeordneten John Kerry (Demokraten) und Joe Lieberman (parteilos). Er sieht inzwischen viele Zugeständnisse gegenüber der Industrie vor. Der Emissionshandel würde nur noch knapp 35 Prozent der US-Emissionen regeln. Das Ölbohren soll erlaubt werden, Atom- und Kohleindustrie erhalten Subventionen.

Die **Bingaman Energy Bill**,

ein Gesetzentwurf des Demokraten Jeff Bingaman, hat bereits im Juni 2009 den Senatsausschuss für Energie und nationale Ressourcen passiert. Er verpflichtet unter anderem die US-Energieversorger, 15 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien zu erzeugen.

Clear Act heißt der Entwurf der Demokratin Maria Cantwell und der Republikanerin Susan Collins. Emissionsrechte sollen an Unternehmen versteigert werden, die Erlöse als Energiegeld an die Bevölkerung ausgezahlt werden. Mit seinem **Practical Ener-**

gy and Climate Plan will Dick Lugar, ein gemäßiger Republikaner aus dem Kohlestaat Indiana, den Ölverbrauch bis 2030 um 40 Prozent senken.

Das Repräsentantenhaus hat im Sommer 2009 ein Klima- und Energiegesetz beschlossen. Das **American Clean Energy and Security** Gesetz sieht einen Emissionshandel vor. Der CO₂-Ausstoß gegenüber 2005 bis 2020 um 17 Prozent sinken.

Ein Vermittlungsausschuss muss die Entwürfe aus Senat und Repräsentantenhaus vereinheitlichen. **pol**

„Die SPD spielt wieder Große Koalition“

Interview mit dem neuen Bundesvorsitzenden der Jusos, Sascha Vogt

Achim Beer
Gregor Boldt

Essen. Er ist 29 Jahre alt, wohnt in Essen und ist der neue Bundesvorsitzende der Jusos. Im WAZ-Interview spricht Sascha Vogt über seine Erwartungen an die SPD, Steuererhöhungen für Besserverdiener und sein Verhältnis zur Linkspartei.

In einem Artikel sind Sie zuletzt als „Mensch gewordene Mitte“ beschrieben worden. Ihre Vorgängerin Franziska Drohnel galt als links. Wo steht Sascha Vogt?

Sascha Vogt: Ich stehe definitiv links von der Mitte. Das ergibt sich, glaube ich, wenn man bei den Jusos ist. Mein Unterschied zu Franziska Drohnel ist sicherlich, dass ich eine größere Nähe zu den Gewerkschaften habe und aus einem Bundesland komme, in dem industrielle Strukturen eine größere Rolle spielen. Ich halte jedoch nichts von dem Wettbewerb, wer ist der Linkste im ganzen Land.

Sie haben gesagt, dass Sie ihr Amt nicht anstreben, um eine politische Karriere zu starten. Wie Franziska Drohnel auch.



Sascha Vogt sieht sich nicht als Berufspolitiker. Foto: J. Studner

Ist Politik langfristig nichts mehr für junge Leute?

Keineswegs. Ich würde mich nicht seit Jahren engagieren, wenn es keinen Spaß machte. Die Frage ist: Mache ich das, um Karriere als Berufspolitiker machen oder aus Überzeugung. Ich mache es aus Überzeugung. Was ich nach meiner Zeit bei den Jusos machen werde, weiß ich noch nicht. Ich werde aber ein politischer Mensch bleiben.

Ihrer Forderung an die SPD auf dem Juso-Bundeskongress, zu „Blockieren, wo es geht“, hat SPD-Chef Sigmar Gabriel zerpfückt. Unangenehm oder motivierend?

Man lernt immer neu, wie man eine Argumentation aufbaut und wie man es vielleicht nicht macht. Ich meine mit Blockade, dass die SPD bei Entscheidungen der Regierung wie dem Sparpaket klar sagen muss: Da machen wir nicht mit. Meine Befürchtung war und ist, dass die SPD jetzt wieder Große Koalition spielt und hinter den Kulissen Kompromisse aushandelt. Ich glaube der SPD tut es gut, Profil zu zeigen. Mein Anspruch ist es jedoch auch, dass die SPD selbst Gegenvorschläge machen muss. Zum Beispiel die Vermögenssteuer einführen und den Spitzensteuersatz wieder auf 53 Prozent erhö-

hen. Da hätten wir die 30 Milliarden, die im Raum stehen.

Die Ankündigung Hannelore Krafts, die Studiengebühren in NRW „sofort“ abschaffen zu wollen, hat bei den Jusos großen Beifall gefunden. Jetzt melden sich Hochschulen und Studenten zu Wort, die das für gar keine gute Idee halten. Wissen die Jusos überhaupt noch, wie Studenten ticken?

Natürlich. Wir haben Zuwächse bei den Juso-Hochschul-Gruppen. Es darf aber nicht passieren, dass durch die Abschaffung der Hochschulgebühren die Lehre den Bach runter geht. Dafür muss es einen Ausgleich aus dem Landeshaushalt geben.

Sie werfen der Bundesregierung das „sozialste Sparpaket“ der Geschichte vor. Aber am Sparen führt doch angesichts der Schulden kein Weg vorbei, oder?

Ich habe niemals gesagt, dass man nicht sparen darf. Doch warum etwa gibt es Steuererhöhungen für bestimmte Dienstwagen, die die Luft verpesten? Die Bundesregierung versucht, den Haushalt nur über die Ausgabensei-

te zu konsolidieren. Es gibt aber noch die Einnahmeseite. Wir hatten in den letzten Jahren Steuervergünstigungen in allen Bereichen. Da war Rot-Grün ganz vorne mit dabei. Wir hatten einen Spitzensteuersatz von 53 Prozent, jetzt liegen wir bei 42. Dazu haben wir diese Alibi-Veranstaltung von Reichensteuer, die substanzuell überhaupt nichts bringt.

Sie haben bedauert, dass es in NRW nicht für Rot-Rot-Grün gereicht hat. Wie nah ist man den Linken tatsächlich?

Das ist in jedem Bundesland verschieden. Die Linke ist als Partei noch im Entstehungsprozess und zurzeit ohne Grundsatzprogramm. Darum sage ich immer, die sollen sich noch ein wenig mit sich selbst beschäftigen und sagen, was sie überhaupt wollen. Dass es in NRW nicht geklappt hat, lag nicht an der SPD

Aber Hannelore Kraft hat die Gespräche an der DDR-Vergangenheit scheitern lassen.

Das war ein Grund von vielen. Natürlich war die DDR kein demokratischer Staat. Bei jüngeren Linken erlebe ich übrigens die DDR-Verklärung höchst selten bis nie. **afp**

In den Anden blüht die Produktion von Kokain

Klaus Ehringfeld

Mexiko-Stadt. Peru ist nach Angaben der Uno dabei, Kolumbien als weltgrößten Koka-Produzenten abzulösen.

Das UN-Büro für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) schreibt in seinem Jahresbericht, dass die Koka-Anbauflächen in Peru jährlich wachsen, während sie in Kolumbien wegen der Drogenbekämpfungspolitik zurückgingen. 2009 sei die Anbaufläche in Peru um 6,6 Prozent auf 59 900 Hektar gestiegen, während sie in Kolumbien um 16 Prozent auf 68 000 Hektar geschrumpft sei. Die Blätter sind der Grundstoff für Kokain.

Drogenexperten in Kolumbien zweifeln den UN-Bericht indes an. „Das passt nicht zusammen“, sagt Ricardo Vargas von der Organisation Acción Andina. Laut Vargas stieg der Kokaanbau in Kolumbien trotz Vernichtungsaktionen weiter an.

Nach Einschätzung des kolumbianischen Ex-Präsidenten César Gaviria bekommt der Kokabauer in den Anden für das Kilo Blätter 300 Dollar. In den Großstädten der USA oder Europa müsse für ein Kilo Kokain dann bis zu 100 000 Dollar bezahlt werden.

Rebellen setzen verstärkt auf Kindersoldaten

Genf. Immer mehr Rebellen- und Milizen wie die Taliban in Afghanistan setzen nach Angaben der Vereinten Nationen Kinder als Soldaten ein. Ende 2009 hätten rund 50 nichtstaatliche Gruppen Kinder für sich kämpfen lassen, sagte die UN-Sonderbeauftragte für Kinder und bewaffnete Konflikte, Radhika Coomaraswamy. „Das ist ein besorgniserregender Trend“, kritisierte Coomaraswamy. Viele Rebellen ignorieren das humanitäre Völkerrecht. Nach der internationalen Kinderrechtskonvention dürfen Kinder unter 18 Jahren nicht an bewaffneten Konflikten teilnehmen. Do selbst reguläre Armeen wie die Streitkräfte in Birma griffen auf Kinder als Soldaten zurück. Die UN gingen zuletzt von 250 000 bewaffneten Kindern aus. **afp**

Irak-Kommission verhörte Petraeus

London. Nach mehrmonatiger Unterbrechung setzt die Londoner Untersuchungskommission zur britischen Beteiligung am Irak-Krieg ihre Anhörungen fort. Wie nun bekannt wurde, reisten die Mitglieder der Kommission in der sittingsfreien Zeit auch in die USA, um dort US-General David Petraeus zu befragen. Dieser war von 2007 bis 2008 Oberkommandeur der Koalitionstruppen im Irak und soll nun Befehlshaber der Truppen in Afghanistan werden. **afp**

USA: Nordkorea ist kein Terrorstaat

Washington. Die US-Regierung sieht nach dem mutmaßlichen nordkoreanischen Torpedoangriff auf ein südkoreanisches Kriegsschiff keinen Anlass, Nordkorea wieder auf ihre Liste der Terrorismus-Unterstützer zu setzen. Aus US-Sicht sei der Untergang der „Cheonan“ am 26. März „kein Akt internationalen Terrorismus“, so ein Sprecher des US-Außenministeriums. **afp**